

John Laughland: NATO macht kriminelle Netzwerke zu „Helden“

John Laughland ist Akademiker, Autor, Dozent und Direktor von Forum for Democracy International. Laughland erörtert, wie der illegale Krieg der NATO im Kosovo den Präzedenzfall dafür schuf, kriminelle Netzwerke als Stellvertreter reinzuwaschen und umzubenennen. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glennDiesen.substack.com/> X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: <https://www.patreon.com/glennDiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glennDiesen> Buy me a Coffee: buymeacoffee.com/gdieseng Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Diesen-Merchandise kaufen: <https://diesen-shop.fourthwall.com/en-nok> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

#Glenn

Hallo zusammen und willkommen zurück. Heute ist John Laughland bei uns, Wissenschaftler, Autor und politischer Kommentator. Vielen Dank, dass Sie in die Sendung gekommen sind.

#John Laughland

Danke, Glenn. Ganz meinerseits.

#Glenn

Es ist gut, Sie wiederzusehen. Wissen Sie, in den neunzehnhundertneunziger Jahren war ich, nun ja, sehr optimistisch, was die Zukunft Europas anging. Vielleicht sogar idealistisch. Aber ich glaubte auch, dass die Ära der Blockpolitik und der zynischen Stellvertreterkriege, also die Zeit des Kalten Krieges, der Vergangenheit angehören würde. Und als ich neunzehnhundertachtundneunzig zur Armee ging und im März neunzehnhundertneunundneunzig noch dort war, da sah ich, wie die NATO erweitert wurde. Damit wurden im Wesentlichen die Vereinbarungen mit Russland über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur aufgehoben. Ein paar Tage später griff die NATO dann auch noch Serbien ohne Mandat der Vereinten Nationen an. Das machte den Angriff illegal. Zugleich verlor die NATO damit ihren Status als Verteidigungsbündnis, wie auch Kissinger betont hat. Wir haben Europa also wieder geteilt, sind zur Blockpolitik des Kalten Krieges zurückgekehrt und haben auch wieder begonnen, Stellvertreter einzusetzen.

Und wenn man sich diesen Fall, also Jugoslawien, ansieht: Die USA haben offensichtlich versucht, Jugoslawien erfolgreich zu zerschlagen. Im Kosovo fanden sie gewissermaßen einen ihrer Stellvertreterpartner, die Kosovo-Befreiungsarmee, die UÇK. Sie war vielleicht ein idealer Partner im

Kampf gegen die Serben. Aber selbst damals war das umstritten. Ich erinnere mich, dass viele US-Republikaner Bedenken gegenüber diesem neuen Partner äußerten. Es ging darum, dass sie terroristische Anschläge verübten, in Drogenschmuggel verwickelt waren und andere Dinge taten, die sie zu einer kriminellen Organisation gemacht hätten. Doch im Laufe des Krieges wurde das alles schließlich reingewaschen. Sie wurden als Freiheitskämpfer neu dargestellt und von der NATO unterstützt. Und damit komme ich zu meiner Frage, zu dem Punkt, an dem wir heute stehen. Der Anführer der UÇK, Hashim Thaçi, wurde später Präsident des Kosovo. Inzwischen wurde er wegen Kriegsverbrechen schuldig gesprochen. Wie beurteilen Sie also, was hier jetzt passiert?

#John Laughland

Nun, ich bin sehr froh, dass Sie sich an diese Ereignisse erinnern haben. Denn ich bin zutiefst überzeugt: Der Angriff auf Jugoslawien im März neunzehnhundertneunundneunzig, der bis Anfang Juni andauerte – drei Monate erbarmungslose Bombardierungen über das gesamte Gebiet Jugoslawiens hinweg, einschließlich, nebenbei bemerkt, auch Montenegro zu diesem Zeitpunkt –, dieser Krieg war der Gründungsmoment der Neuen Weltordnung. Und Sie haben völlig recht, Glenn. Natürlich. Denn Sie wissen das genauso gut wie ich. Man muss alle, die zuschauen, daran erinnern, dass dies zeitlich auch mit der Erweiterung zusammenfiel, der ersten Erweiterung, der ersten Erweiterungswelle. Ungarn, Polen und die Tschechische Republik traten im April bei.

Und das war übrigens der fünfzigste Jahrestag der Gründung des Atlantischen Bündnisses. Und warum das ein Gründungsmoment war? Nun, dafür gibt es eigentlich viele Gründe. Erstens, weil die gesamte NATO beteiligt war. Alle erinnern sich an den Irakkrieg von zweitausenddreißig, den natürlich Großbritannien und Amerika allein führten, ohne die Europäer. Aber viele vergessen den Kosovokrieg, an dem alle europäischen Staaten teilnahmen. In diesem Sinn war es also ein Gründungsmoment, weil es unter den NATO-Ländern einen sehr breiten Konsens gab, sich an diesem Krieg zu beteiligen.

Und sie war auch grundlegend. Denn wie der damalige britische Premierminister Tony Blair in einer Rede in Chicago erklärte, ein paar Tage vor dem Jubiläumsgipfel, ich glaube, am zweiundzwanzigsten April neunzehnhundertneunundneunzig, sollte dieser Krieg ein neues internationales System hervorbringen – wenn ich „hervorbringen“ hier einmal als transitives Verb verwenden darf. Und dieses neue internationale System sollte, ihm zufolge, auf etwas anderem beruhen als auf staatlicher Souveränität. Staatliche Souveränität sei etwas aus der Vergangenheit. Obwohl sie natürlich in der Charta der Vereinten Nationen steht, in deren grundlegenden Artikeln. Und obwohl das gesamte Prinzip des internationalen Systems seit neunzehnhundertfünfundvierzig auf der souveränen Gleichheit der Nationen beruht.

Blair hielt eine lange Rede. Darin erklärte er, dass das alles vorbei sei. Und dass wir uns, wegen der Globalisierung und der gegenseitigen Abhängigkeit in einer Welt, nicht länger, sozusagen, von den mutmaßlichen Kriegsverbrechen abwenden könnten, die anderswo begangen würden. Und es gibt noch einen dritten Aspekt, unter dem ich das als einen grundlegenden Moment betrachten würde.

Wissen Sie, ich habe oft gesagt, dass der Kosovo-Krieg ein Krieg der neuen Linken gegen die alte Linke war. Mit der neuen Linken meine ich die neue, offensichtlich globalistische Linke, die progressivistische Linke. Progressivistisch im grundlegendsten Sinn. Ich meine das nicht in irgendeinem echten Sinn. Die neue Linke ist, soweit ich das beurteilen kann, nicht daran interessiert, Löhne oder Ähnliches zu verbessern. Stattdessen greift sie bereitwillig die neuesten Modeerscheinungen auf. Sie legt sehr großen Wert auf moralische Deutungsrahmen und so weiter.

Und das Ziel dieses Krieges war natürlich verkörpert. Das Ziel war offensichtlich Jugoslawien. Doch dessen Staatschef, Slobodan Milošević, verkörperte, wenn man so will, wenn wir das symbolisch betrachten, die alte Linke. Er war ein alter Sozialist, ein alter Kommunist. Er war Sozialist, nachdem er Kommunist gewesen war. Und er verkörperte das, was der Globalismus am meisten hasst: die Verteidigung nationaler Souveränität, ein gewisses Maß an Patriotismus und zumindest, wie er jedenfalls behauptete, die Sorge um das alltägliche Leben echter Menschen. Also geschah Folgendes: Um ihn loszuwerden – und es besteht kein Zweifel, dass das das Ziel war –, funktionierte es zunächst nicht. Denn er sollte an der Macht bleiben.

Er blieb schließlich bis Oktober zweitausend im Amt. Um ihn loszuwerden, um einen Regimewechsel herbeizuführen, fanden die westlichen Mächte – die Amerikaner, die Briten und, glaube ich, auch die Deutschen – im Grunde eine subversive Kraft: die Kosovo-Befreiungsarmee. Sie finanzierten und bewaffneten sie und deckten sie politisch. Der Aufstand begann dann im Herbst neunzehnhundertachtundneunzig. Wie gesagt, er wurde von westlichen Geheimdiensten finanziert und unterstützt. Darüber gibt es zahlreiche Bücher. Es gibt ein Buch von einem Mann namens Haslam, das ich nicht gelesen habe. Und es gibt ein sehr interessantes Buch eines Journalisten von Sky News mit dem Titel „Shadow Play“.

Er war, glaube ich, ziemlich eng in diese Ereignisse eingebunden, möglicherweise sogar selbst als Agent. Ich weiß es nicht. Aber er stand diesen ganzen Leuten jedenfalls sehr nahe. Und er beschreibt, wie das eine Operation des Geheimdienstes war. Im Kern ging es darum, diese subversive Gruppe ausfindig zu machen und zu identifizieren: die Kosovo-Befreiungsarmee. Diese war wiederum mit organisierter Kriminalität verbunden. In Albanien allgemein und unter den Albanern im Kosovo gibt es viel organisierte Kriminalität. Wissen Sie, viele Jahre lang – ich weiß nicht, ob das heute noch so ist – beherrschten sie den Heroinmarkt in Europa.

So war ein geeigneter Partner leicht zu finden, und sie haben das, wie gesagt, finanziert. Und dann führte eines zum anderen. Einige unserer Zuschauer kennen vielleicht den Ablauf der Ereignisse: das inszenierte Massaker von Račak im Januar neunzehnhundertneunundneunzig, das Treffen in Rambouillet, bei dem Serbien ein Ultimatum gestellt wurde, und dann, wie gesagt, die Bombenkampagne von März bis Juni. Und diese jüngste Entwicklung, über die wir jetzt sprechen: die Verurteilung von Hashim Thaçi. Er führte damals die Kosovo-Befreiungsarmee und wurde übrigens im Juni neunzehnhundertneunundneunzig fotografiert. Vielleicht möchten ihr das beim Schnitt des Videos einblenden.

Ein berühmtes Foto von ihm, das ich gepostet habe – ich habe es auf meinem Computer. Darauf hält er, in einer Art Halbkreis, Hände. Alle halten sich an den Händen, zusammen mit anderen, unter ihnen der Oberbefehlshaber der NATO, General Wesley Clark, und der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, der spätere französische Außenminister Bernard Kouchner. Bernard Kouchner, ein Ideologe der Globalisierung. Seine Anwesenheit auf diesem Foto ist ebenfalls sehr symbolisch. Und außerdem, nebenbei bemerkt, der britische General, der damals in Mazedonien war und die NATO-Streitkräfte auf dem Balkan befehligte.

Diese jüngste Entwicklung. Und muss ich wirklich alle daran erinnern, dass dieser Krieg unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen geführt wurde? Ohne Genehmigung des Sicherheitsrats. Und auch unter Missachtung zahlreicher Urteile des Internationalen Gerichtshofs. Dieser Gerichtshof hat im Verlauf seiner jahrzehntelangen Existenz, zuletzt im Jahr neunzehnhundertsechundachtzig in einem Fall zu Nicaragua und zur Unterstützung der Contras durch die Vereinigten Staaten, ausdrücklich, ja vollkommen unmissverständlich festgestellt: Menschenrechte dürfen kein Vorwand für Krieg sein. Das hat der Gerichtshof neunzehnhundertsechundachtzig festgehalten. Und natürlich war es auch in der Charta der Vereinten Nationen angelegt. Der Krieg wurde mit Menschenrechten begründet. Mit der Behauptung, die Serben würden eine rassische Minderheit, eine ethnische Minderheit, rassistisch verfolgen.

Tony Blair, der britische Premierminister, schrieb selbst in einem Artikel für die BBC, ich glaube im Mai neunzehnhundertneunundneunzig, dass das, was im Kosovo geschah, rassistischer Völkermord sei. Rassistischer Völkermord. Tatsächlich wurde wegen des Kosovo am Ende nie Anklage wegen Völkermords erhoben, weil das eine groteske Lüge war. Aber jetzt natürlich, mit dieser Verurteilung Thaçis, der dann übrigens, wie viele unserer Zuschauer wieder wissen werden, im Jahr zweitausendacht der erste Präsident des Kosovo wurde, als dieselben Unterstützer, die Unterstützer derselben albanischen Separatisten, also die Europäer und die Amerikaner, sie dazu brachten, die Unabhängigkeit zu erklären. Und das, obwohl der Krieg mit einer Resolution des Sicherheitsrats beendet worden war, die den Status des Kosovo als Teil des damaligen Jugoslawiens, später Serbiens, bestätigte. Sie brachten Thaçi und die anderen Albaner dazu, die Unabhängigkeit zu erklären.

Und diese Unabhängigkeitserklärung verstieß wiederum, sagen wir, zumindest gegen den Geist des Völkerrechts. Soweit ich weiß, hatte es dafür keinen Präzedenzfall gegeben. Zumindest fällt mir nicht sofort einer ein. Über die Frage von Québec war etwa zehn Jahre zuvor vor Gericht verhandelt worden, und das Völkerrecht war dabei eigentlich nicht besonders eindeutig. Es gab der Provinz Québec nicht wirklich das Recht, sich einseitig abzuspalten. Diese Abspaltung im Jahr zweitausendacht löste die ...

#John Laughland

Es geschah zur selben Zeit. Es hat das nicht ausgelöst. Aber im August jenes Jahres – die Unabhängigkeitserklärung war im Februar – kam es zum Georgienkrieg. Georgien begann, zwei

Gebiete zurückzuerobern, die es in den neunziger Jahren verloren hatte. Russland intervenierte. Und Russland erkannte daraufhin Abchasien und Südossetien offiziell an, was es bis dahin nicht getan hatte. Das löste dann, wenn Sie so wollen, die Unabhängigkeitserklärung der beiden Donbas-Republiken aus, oder schuf zumindest einen Präzedenzfall dafür. Sie erklärten, wie wir wissen, im Jahr zweitausendvierzehn ihre Autonomie. Und im Jahr zweitausendzweiundzwanzig erhielten sie schließlich die Anerkennung durch Russland. Das lieferte den rechtlichen Vorwand für die russische Invasion in der Ukraine.

Wenn ich also sage, dass das der grundlegende Moment des Globalismus war, dann gibt es eine direkte, eine absolut direkte Verbindung zwischen den Ereignissen von neunzehnhundertneunundneunzig und den Problemen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Hinzu kommt, dass neunzehnhundertneunundneunzig auch das Jahr war, in dem Wladimir Putin an die Macht kam. Er wurde aus der Bedeutungslosigkeit herausgeholt, zumindest aus der öffentlichen Bedeutungslosigkeit, und zunächst zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, dann zum amtierenden Präsidenten. Es gibt also, wie gesagt, einen sehr, sehr direkten Zusammenhang zwischen dem Kosovo-Krieg und der katastrophalen Lage der Welt heute.

#Glenn

Nun, die Kosovo-Sache war auch erstaunlich, weil zum Beispiel die Rolle der Deutschen offensichtlich wurde. Das war zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. Deutsche Flugzeuge waren wieder am Himmel und bombardierten eine europäische Hauptstadt. Und ich erinnere mich: Der deutsche Außenminister sagte damals, er sei mit zwei Grundsätzen aufgewachsen: Nie wieder Auschwitz und nie wieder Krieg. Und er sagte: Jetzt müssen wir uns zwischen diesen beiden entscheiden. Früher hatte Deutschland wegen seiner Geschichte die Verantwortung, keinen Krieg zu führen. Aber nun argumentierte er, dass Deutschland in einer unipolaren Ordnung, in der der Westen nicht mehr eingeschränkt war, wegen seiner Geschichte des Völkermords eine besondere Verantwortung habe, sicherzustellen, dass so etwas nirgendwo sonst geschieht.

Also eine Art militanter Ansatz beim Humanitarismus. Und was Blair angeht: Ich erinnere mich an einen seiner Berater, Robert Cooper. Er sagte ganz ausdrücklich, der liberale Imperialismus von heute solle sich am Modell des liberalen Empire im neunzehnten Jahrhundert orientieren. Wir müssten anerkennen, dass wir, die zivilisierten Menschen, im Garten seien. Und außerhalb der Zivilisation liege der Dschungel. Und wenn wir den Dschungel betreten, dann sollten dieselben Regeln nicht mehr gelten. Mit anderen Worten: ein Regelwerk für uns und ein anderes, wenn wir es mit dem Dschungel zu tun haben. Und wie du gesagt hast: Ich glaube, Kosovo wurde deshalb zum Präzedenzfall, weil sie auch verkündeten, dies sei ein illegaler Krieg gewesen, da es kein Mandat der Vereinten Nationen gab. Aber er sei legitim gewesen, sagten sie.

Also illegal, weil die Vereinten Nationen es nicht genehmigt hatten. Aber legitim, weil es mit der Verteidigung liberal-demokratischer Werte, der Menschenrechte und so weiter begründet wurde. Und dadurch entstand ein neues System, das wir heute, zumindest nach meiner Argumentation, die

regelbasierte internationale Ordnung nennen. Das heißt: Wir haben zwei Regelwerke. Das eine ist die Legalität. Das andere ist die Legitimität der Menschenrechte. Und wir haben Legitimität von Legalität entkoppelt. Jetzt kann man also im Grunde beide Wege gehen. Genau das zeigt, wie ich finde, Ihr gutes Beispiel: Stellt man die Selbstbestimmung in den Vordergrund oder die territoriale Integrität? Im Kosovo haben wir gesagt: Nein, Selbstbestimmung. Auf der Krim sagen wir: Nein, hier muss die territoriale Integrität gelten. Genau.

#John Laughland

Nun, ich meine, diese doppelten Standards sind offensichtlich entsetzlich. Sie haben eine Reihe wichtiger Punkte angesprochen. Ich glaube, Sie meinen Robert Cooper. Wenn ich mich nicht irre, arbeitete er später bei der Europäischen Kommission. Und tatsächlich schrieb er ein paar Essays und, glaube ich, möglicherweise auch ein Buch über die neue, die postmoderne Weltordnung. Und er sagt genau das, was Sie gerade gesagt haben. Er sagt, wir müssten doppelte Standards gewissermaßen akzeptieren. Für uns gelten andere Regeln als für alle anderen. Insofern ist er, ja, einer der Propheten der Neuen Weltordnung. Sie haben den deutschen Außenminister erwähnt. Auch das ist sehr wichtig. Der deutsche Außenminister war Joschka Fischer, der Vorsitzende der Grünen. Das ist es, was ich mit der Neuen Linken meine.

Die Grünen waren in der gesamten Nachkriegszeit in Deutschland die große pazifistische Partei. Und durch einen Prozess, von dem ich glaube – ich habe keinen Beweis, aber ich bin ziemlich sicher –, dass es sich um Unterwanderung handelte, ähnlich wie bei der britischen Labour Party. Ich meine Unterwanderung durch die Amerikaner, den Aufbau von Netzwerken, Verführung und so weiter. Die Grünen wurden, wie wir heute wissen, zwanzig, fünfundzwanzig Jahre später, mit Leuten wie Annalena Baerbock, die von den Grünen kommt, zu den kriegesischsten Kriegstreibern. Und noch einmal: Deshalb sage ich, dass dieser Krieg so wichtig ist. Und die Tatsache, dass dieselbe Art von Institutionen – in diesem Fall das Sondergericht für Kosovo – dieselbe Art von Institutionen, die eingerichtet wurden ... Übrigens wurden sie ursprünglich schon neunzehnhundertdreundneunzig eingerichtet, also viele Jahre vor dem Kosovokrieg.

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wurde neunzehnhundertdreundneunzig eingerichtet, das Ruanda-Tribunal neunzehnhundertvierundneunzig, verschiedene Ad-hoc-Tribunale in den neunziger Jahren, der Internationale Strafgerichtshof im Jahr zweitausend – und so weiter und so fort. Es handelt sich um dieselbe Art von Tribunal, von der damals, Sie wissen schon, gesagt wurde, sie werde diese neue Weltordnung einläuten. Und sie werde bedeuten, dass staatliche Souveränität nicht, Sie wissen schon, als Schutzschild genutzt werden könne, um Kriegsverbrechen zu begehen und so weiter. Dieselbe Art von Tribunal, in diesem Fall das Sondertribunal für Kosovo, hat nun, wie ich sage, Hashim Thaçi wegen einer Reihe von Verbrechen verurteilt. Es lohnt sich vielleicht zu sagen, um welche Verbrechen es ging. Ich muss gestehen, ich habe das Urteil nicht gelesen. Ich habe nur die

Pressemitteilung gelesen. Soweit ich aus der Pressemitteilung erkennen kann – und ich sollte mich damit noch eingehender befassen, denn ich habe ziemlich viel über internationale Justiz geschrieben –, scheinen einige der schlimmsten Verbrechen nicht strafrechtlich verfolgt worden zu sein.

Dabei geht es um Vorwürfe des Organhandels. Menschen sollen ermordet worden sein, um ihnen die Nieren zu entnehmen und sie dann zu verkaufen. Ich weiß nicht, ob das in den Prozess eingeflossen ist oder nicht. Aber was auf jeden Fall in der Pressemitteilung stand, war in gewisser Weise fast noch schockierender. Zumindest aus politikwissenschaftlicher Sicht. Denn ihm wurde vorgeworfen, und er wurde dafür verurteilt, seine politischen Gegner ermordet zu haben und seine Macht im Kosovo durch Terror gefestigt zu haben. Nun, genau das haben Leute wie ich damals gesagt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die UÇK keineswegs vollkommen unschuldig war. Ganz im Gegenteil.

Die UÇK wurde übrigens, wie ich schon in meiner ersten Antwort gesagt habe, stark von den Briten, den Deutschen und den Amerikanern gesteuert. Ich habe einen französischen Freund, der unmittelbar danach, also in den ersten Wochen im Juni, als Soldat der französischen Armee im Kosovo war. Ich glaube, der Krieg endete am vierten Juni. Er war in eine Situation verwickelt, die beinahe zu einem Gefecht mit bewaffneten albanischen Rebellen geworden wäre. Ihm wurde gesagt, er solle nicht auf sie schießen, weil britische Soldaten bei ihnen auf ihrem Lastwagen oder was auch immer mitfahren. Die Verwicklung der Briten und anderer Behörden darin war also absolut umfassend. Nur noch ein letzter Punkt, Glenn: Deutschland. Ja, natürlich war die Tatsache, dass Deutschland an den Bombardierungen beteiligt war, sehr symbolträchtig.

Aber Deutschland hatte seine „Nie wieder“-Grundsätze schon neunzehnhundertneunzig verletzt, als die ersten Jugoslawienkriege ausbrachen. Denn Deutschland finanzierte und unterstützte die kroatischen und slowenischen Separatisten ganz eindeutig. Und vor allem gab Deutschland diesen Separatisten auf dem Maastricht-Gipfel neunzehnhunderteinundneunzig, am neunten und zehnten Dezember neunzehnhunderteinundneunzig, politische Rückendeckung. Deutschland – beziehungsweise die Europäische Union, zu der sie werden sollte – wollte eine gemeinsame Außenpolitik haben. Davor hatte sie eine solche eigentlich nicht wirklich. Sie war sehr stolz auf dieses neue Instrument in ihrem Werkzeugkasten. Und Deutschland kündigte ein paar Wochen vor der Konferenz an: Was auch immer passieren würde, Deutschland werde Kroatien und Slowenien anerkennen. Damit stellte es die anderen Mitglieder der Europäischen Union vor vollendete Tatsachen.

Entweder hatten sie eine gemeinsame Außenpolitik und akzeptierten auf deutsche Initiative hin den Zerfall Jugoslawiens, oder sie hatten keine gemeinsame Außenpolitik. Und leider entschieden sie sich dafür, ihn zu unterstützen. Das führte zum anfänglichen Zerfall Jugoslawiens. Deutschland war also, wenn ich das so sagen darf, schon neunzehnhundertneunzig und neunzehnhunderteinundneunzig zu geopolitischem Denken zurückgekehrt. Mit „geopolitischem Denken“ meine ich das Entstehen einer Blockmentalität. Die Europäische Union war, offen gesagt, schon in Maastricht ein solcher Block. Mit der NATO-Erweiterung wurde das natürlich noch ausgeprägter. Aber diese Blockmentalität war, glaube ich, bereits vorhanden. In dem Sinne, dass Deutschland offenbar das geopolitische Vakuum

füllen wollte, das durch den damals bereits absehbaren Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden war, oder zumindest durch den Zusammenbruch des Warschauer Pakts.

Vielleicht wussten sie nicht, dass die Sowjetunion zusammenbrechen würde. Aber sie wussten, dass der Warschauer Pakt zusammengebrochen war, denn das alles war bereits neunzehnhundertneunzig passiert. Und Deutschland wollte, wie ich schon sagte, diese geopolitische Lücke füllen und sich als zentrale Macht etablieren. Wissen Sie, diese alte deutsche Idee, die „Zentralmacht Europas“. Deutschland wollte sich geopolitisch als die zentrale Macht Europas etablieren, um die die anderen Länder kreisen würden. Und genau das ist, wenn wir es historisch analysieren und die historische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und so weiter berücksichtigen, der Grund, warum ich sage: Deutschland fällt in einen geopolitischen Typus zurück. Ja. Nein, es ist ...

#Glenn

Wie sie sich verändert haben, das ist, glaube ich, in den letzten Jahren deutlicher geworden. Aber auch die Art, wie Europa das ehemalige Jugoslawien seitdem organisiert hat, ist ziemlich außergewöhnlich. Nicht nur im Kosovo, wo es eine merkwürdige Konstellation gibt, sondern auch in Bosnien. Wissen Sie, das überrascht mich ebenfalls. Bitte korrigieren Sie mich, denn nach all der Zeit habe ich die Fakten vielleicht nicht mehr ganz klar im Kopf. Aber ich war vor ein paar Monaten in Bosnien. General Michael Flynn hatte mich eingeladen, um eine Grundsatzrede zu halten.

#John Laughland

Ja, ich erinnere mich, ja.

#Glenn

Ja, und was ich daran jedenfalls faszinierend fand: Der Krieg in Bosnien endete neunzehnhundertfünfundneunzig mit dem Dayton-Abkommen. Und seitdem wird das Land im Grunde wie eine Kolonie verwaltet. Denn man schuf diese Regelung, bei der die Lösung lautete: Bosnien würde nicht in Jugoslawien bleiben. Es wurde zum Austritt gezwungen. Und als Bosnien ausschied, konnten die serbischen Gebiete auch nicht bleiben. Sie mussten ebenfalls zur Abspaltung gezwungen werden. Die dritte Möglichkeit war dann also: Gut, wir schaffen zwei autonome Einheiten, eine davon die serbische. In Dayton führte man dann diese sogenannten Bonner Befugnisse ein. Dabei wurden sehr diktatorische, wenn nicht sogar koloniale Vollmachten übertragen. Die sogenannten Hohen Repräsentanten sollten Bosnien dann vom Ausland aus regieren, um dieses Abkommen umzusetzen.

Aber dann geschah etwas Seltsames. Denn statt das Entitätensystem umzusetzen, wurden die Befugnisse an die EU ausgelagert. Doch dann sagt die EU: Der einzige Weg, wie Bosnien wirklich friedlich werden kann, ist ein Beitritt zur EU. Und wenn es der EU beitreten will, muss es das Entitätensystem aufgeben. Das bedeutet: keine autonomen Rechte für die Serben. Und jetzt nutzen

sie diese Befugnisse im Grunde aus. Sie sollten sie eigentlich nur drei Jahre lang behalten. Inzwischen sind mehr als dreißig Jahre vergangen, und sie weigern sich, sie abzugeben. Und sie nutzen sie nicht einmal, um das Dayton-Abkommen umzusetzen, also das Entitätensystem. Sie nutzen sie, um es zu untergraben. Denn sie sagen: Ihr müsst die Macht zentralisieren, um der EU beizutreten, unabhängig davon, ob ihr das wollt oder nicht. Und sie sagen: Wir wollen das nicht. Wir bevorzugen unsere autonomen Rechte. Wir würden gern der EU beitreten, aber nicht zu diesem Preis.

#John Laughland

Es sind einunddreißig Jahre vergangen. Ich meine, Sie haben den Widerspruch angesprochen: territoriale Integrität im Fall der Krim, aber das Recht auf Selbstbestimmung im Fall des Kosovo. Genau dieselben doppelten Maßstäbe gibt es in Bosnien. Bosnien durfte sich im April neunzehnhundertzweiundneunzig von Jugoslawien abspalten. Ja, die Amerikaner haben es sogar dazu ermutigt. Die Amerikaner haben ein Abkommen sabotiert, so wie Abkommen in der Ukraine sabotiert wurden, mit stillschweigender Unterstützung der Europäer. Ich meine, wir sprechen jetzt nicht über die Ukraine. Aber Sie wissen ganz genau, dass die Minsker — Entschuldigung, die von den Europäern vermittelten Abkommen vom Februar zweitausendvierzehn — im Wesentlichen sabotiert wurden. Möglicherweise mit Wissen und Billigung der Europäer, aber ganz sicher von den Amerikanern sabotiert.

Ich spreche jetzt über die Ukraine. Dort wollte man natürlich immer einen Regimewechsel und hatte sich lange im Voraus dafür entschieden. Das berühmte Tonband, das berühmte Gespräch zwischen Victoria Nuland und dem amerikanischen Botschafter Pyatt. Im Fall von Bosnien aber gab es ein Abkommen, wieder von Europäern vermittelt und von den Amerikanern sabotiert. Es hätte Bosnien in Jugoslawien gehalten. Und soweit ich weiß, wäre Izetbegović, der bosnisch-muslimische Führer, nach einer informellen Vereinbarung Bundespräsident von Jugoslawien geworden.

Und dann rief der amerikanische Botschafter Warren Zimmerman Izetbegović an und sagte: „Ziehen Sie Ihre Unterschrift zurück.“ Izetbegović hatte es unterschrieben, und dann zog er seine Unterschrift zurück. Und da begann der Krieg. Und genau da sieht man denselben doppelten Maßstab. Für Bosnien ist die Abspaltung also selbstverständlich, für dieses Gebilde, dieses völlig fiktive Gebilde. Wieder ein bisschen wie bei der Ukraine. Aber für die Serben keine Abspaltung. Den Serben wird nicht erlaubt, sich von Bosnien abzuspalten. Den Bosniern wird erlaubt, sich von Jugoslawien abzuspalten, aber den Serben wird nicht erlaubt, sich von Bosnien abzuspalten. Und das war die Ursache für drei Jahre des Tötens.

Es war ein schrecklicher Krieg, der Bosnienkrieg. Aber logisch gesehen gab es überhaupt keinen Grund, warum Bosnien als territoriale Einheit hätte erhalten bleiben müssen. Historisch, sprachlich oder kulturell ergab das keinerlei Sinn. Wenn man Jugoslawien auflösen wollte, weil es ein multinationaler Staat war, und auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien Nationalstaaten schaffen wollte, dann war Bosnien noch multinationaler als der Rest Jugoslawiens. Nach derselben Logik hätte

man deshalb auch Bosnien selbst aufteilen müssen. Und wenn man den Serben erlaubt hätte, sich abzuspalten, wie sie es wollten, und sich Serbien anzuschließen, dann wäre der Krieg meiner Meinung nach sehr schnell vorbei gewesen. Nur ein kleiner Punkt. Es ist ein technischer Punkt, aber er ist sehr bezeichnend.

Die Bonner Befugnisse, die es gar nicht gibt, auf die man sich aber beruft. Über die Jahrzehnte hinweg wurden sie von zahlreichen Hohen Repräsentanten, von diesen Kolonialgouverneuren, herangezogen. Sie sollen dem Hohen Repräsentanten der Europäischen Union angeblich erlauben, gewählte Politiker zu entlassen. So geschah es erst im vergangenen Jahr besonders deutlich im Fall von Präsident Dodik der Republika Srpska. Diese Befugnisse sind reine Fiktion. Sie wurden nicht in Dayton geschaffen. Sie waren nicht Teil des Dayton-Abkommens. Sie waren auch nicht Teil des Pariser Friedensabkommens, denn das Dayton-Abkommen wurde im November in Paris unterzeichnet. Sie wurden einfach erfunden, meiner Ansicht nach weitgehend auf britische Initiative hin, jedenfalls, so glaube ich, in London, nach der Unterzeichnung des ... Man schuf etwas, das Friedensumsetzungsrat genannt wird.

Und das war eine völlig fingierte Konstruktion. Das stand überhaupt nicht im Abkommen. Und dann hat, wenn ich mich nicht irre, der Friedensimplementierungsrat diese sogenannten Bonner Befugnisse verkündet. Wenn man sich diese Erklärung durchliest, sind das überhaupt keine Befugnisse. Dort heißt es lediglich, der Hohe Repräsentant werde sich darum bemühen, den Frieden umzusetzen, oder so ähnlich. Das Ganze ist ein kompletter Betrug. Es hat keinerlei Rechtsgrundlage. Und dennoch haben, wie ich schon sagte, die Hohen Repräsentanten im Laufe der Jahrzehnte – und es waren inzwischen viele, denn diese Situation, diese lächerliche Situation, zieht sich nun seit neunzehnhundertfünfundneunzig hin, also seit mehr als dreißig Jahren – diese angeblichen Befugnisse genutzt, um insbesondere gegen die Serben in der Republika Srpska drakonische und höchst undemokratische Macht auszuüben.

#Glenn

Und wir können wohl auch einige Parallelen zum Kosovo ziehen. Denn wieder hat die NATO völkerrechtswidrig interveniert, mit der Begründung, es gebe einen ethnischen Krieg. Das Kosovo wurde dann zur Abspaltung gezwungen. Aber sie zwangen auch die serbischen Regionen im Kosovo zur Abspaltung, ja sogar nicht nur zur Abspaltung, sondern zur völligen Entkopplung. Sie errichten jetzt all diese Einschränkungen, die es erschweren, mit dem übrigen Serbien verbunden zu bleiben. Und selbst danach wurden die serbischen Regionen in großem Umfang ethnisch gesäubert, ich glaube zu neunzig Prozent. Plötzlich gelten diese Prinzipien also nicht mehr. Und ich denke, darauf haben Sie vorhin Bezug genommen: Für uns gilt eine Regel, und für euch eine andere.

Und ich erinnere mich, dass sie einmal, im Jahr zweitausendvierzehn, nachdem Russland die Krim zurückgeholt hatte, im Grunde sagten: Nun, das ist diese, wissen Sie, Büchse der Pandora, die der Westen im Kosovo geöffnet hat. Und Obama hielt kräftig dagegen. Er sagte: Nein. Denn er berief sich auf eine liberal-demokratische Legitimität und machte geltend: Nein, nein. Im Kosovo hattet ihr

all diese Nichtregierungsorganisationen, die OSZE, alle hätten das Referendum überwacht. Es sei nach den Regeln abgelaufen, und so weiter und so fort. Und die Art, wie er das beschrieb, war ziemlich interessant. Denn dort hatte es gar kein Referendum gegeben. Er hat es sich ausgedacht. Kein Journalist wollte darauf hinweisen, dass Obama ein Referendum erfunden hatte.

#John Laughland

Dieser Hinweis auf ein Referendum, ich habe das Datum der Rede vergessen, findet sich in einer Rede mit dem Titel „Rede an die europäische Jugend“ oder „An die Jugend Europas“. Sie wurde in Brüssel gehalten, möglicherweise im Jahr zweitausendacht. Oder vielleicht war es nach der Annexion der Krim. Vielleicht haben Sie recht. Jetzt fällt mir das Datum nicht mehr ein. Aber jedenfalls haben Sie völlig recht. Er behauptete, das sei nach einem Referendum geschehen. Es gab kein Referendum. Und er behauptete, es sei nach Konsultationen mit den regionalen Mächten geschehen. Das war natürlich völlig unwahr, denn Serbien hat seinen Anspruch auf sein eigenes Staatsgebiet zumindest formell nie aufgegeben. Das ist also eine außergewöhnliche Sache. Kein Journalist hat ihn korrigiert.

Diese Rede ist immer noch online. Sie ist, wenn man so will, Teil des offiziellen Archivs der Obama-Regierung. Und wissen Sie, wir hören ja viel über Desinformation, Falschinformationen und so weiter. Da hat man einen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der ganz dreist über etwas lügt, das nie passiert ist, und es benutzt, um Legitimität zu beanspruchen. Dabei ist die Tatsache, dass es nicht passiert ist – ich meine, ich nehme an, die Albaner hätten wahrscheinlich abgestimmt, wenn man sie gelassen hätte. Aber in einer offiziellen Rede, einer offiziellen Grundsatzrede, etwas zu erfinden, das nie passiert ist, und zwar genau mit dem Ziel zu zeigen, warum ihre Handlungen, die Handlungen der Amerikaner, in Ordnung waren, die der Russen aber nicht – das ist wirklich unfassbar.

#Glenn

Nein, nein, da stimme ich zu. Die Albaner hätten ganz sicher dafür gestimmt, das bestreite ich also nicht. Ich fand nur interessant, wie Legitimität mit diesen Verfahren, diesen Institutionen verknüpft wurde, obwohl das Ereignis tatsächlich gar nicht stattgefunden hat. Das Letzte, worüber ich Sie noch fragen möchte: Sie sagen ja wieder, dass im Kosovo eine Art Vorlage oder Präzedenzfall geschaffen wurde. Und dass das vieles von dem erklärt, was seitdem passiert ist. Wenn ich mir heute die Stellvertreterführer mit einer gewissen kriminellen Vergangenheit anschau, an denen der Westen weiterhin festhält, dann fallen mir, wissen Sie, mindestens zwei Personen ein.

Einer wäre Dscholani, oder al-Scharaa, aus Syrien. Wieder einmal, was schon komisch war, denn sie wollten die Regierung in Syrien stürzen. Nun ja, Großmächte tun offenbar nichts mehr aus machtpolitischen Gründen. Es geht nur noch um Altruismus und, wissen Sie, um den Schutz von Rechten. Also verbündeten sie sich mit verschiedenen dschihadistischen Gruppen. Und am Ende gaben sie ihren Segen dafür, einen Al-Qaida-Anführer in Syrien einzusetzen. Und natürlich wäre der

Zweite Selenskyj und diese Asow-Truppe, die von den Amerikanern finanziert und ausgebildet wurde. Ich meine, echte Nazi-Gruppen, die, wissen Sie,

#John Laughland

Nun, Sie haben recht, das anzusprechen, und ich bin froh, dass Sie es getan haben. Ich meine, das ist ein riesiges Thema, und wir haben nicht die Zeit, ihm gerecht zu werden. Wissen Sie, der heilige Augustinus schreibt in „Der Gottesstaat“, also zu Beginn des fünften Jahrhunderts nach Christus: „Was sind Staaten ohne Gerechtigkeit anderes als Banden bewaffneter Räuber?“ Mit dieser Bemerkung benennt er eine wichtige Ähnlichkeit zwischen Staaten und organisierter Kriminalität. Ich sage nicht, dass sich diese Ähnlichkeit über das gesamte Spektrum erstreckt. Aber es gibt gewisse Parallelen. Organisierte Kriminalität kontrolliert typischerweise ein Gebiet, oder zumindest einen Wirtschaftszweig. Sie übt ihre Macht durch Gewalt aus, genau wie der Staat. Und natürlich zieht sie Geld ein, als Gegenleistung für sogenannten Schutz.

Ich sage noch einmal: Ich behaupte nicht, dass Staaten damit vergleichbar sind. Das gilt nur für Staaten ohne Gerechtigkeit. Und wenn ein Staat stattdessen das tut, was er tun soll, nämlich seine Bürger vor Angriffen von außen und vor inneren Bedrohungen zu schützen und so weiter, dann können wir diesen Vergleich nicht ziehen. Aber ich finde, es lohnt sich, an diesen Vergleich zu erinnern. Denn natürlich gibt es Überschneidungen zwischen den Geheimdiensten von Staaten und der organisierten Kriminalität. Und das ist viel systemischer. Das hat eine sehr lange Geschichte. Ich bin sicher, Sie könnten Historiker und Politikwissenschaftler finden, die darüber sehr viel ausführlicher und tiefergehend geschrieben haben, als ich es könnte.

Aber der Grund, warum die Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten, Sicherheitsdiensten und organisierter Kriminalität, würde ich sagen, organisch und systemisch ist, liegt auf der Hand. Organisierte Kriminalität agiert im Verborgenen. Wenn man also etwas heimlich erledigen muss, wen ruft man dann an? Man ruft nicht irgendeinen öffentlichen Verband an, der sich an das Gesetz hält. Natürlich nimmt man Kontakt zur organisierten Kriminalität auf. Und die Geschichte ist voll von solchen Beispielen. Denken Sie an das Bündnis der Amerikaner mit der italienischen Mafia in den neunzehnhundertvierziger Jahren, nach der Invasion in Italien. Oder an die Unterwanderung der IRA durch die Briten. Es gibt einen berühmten Fall — zumindest in Großbritannien ist er berühmt — eines MI-fünf-Agenten, der jahrzehntelang geführt wurde. Er war ein IRA-Mörder und hat Menschen ermordet und gefoltert, während er zugleich Agent des MI fünf war.

Und der MI5 führte ihn weiter als Quelle, obwohl er offensichtlich wusste, was dieser Mann als Offizier der IRA tat. Und das Beispiel Kosovo ist nur eines von sehr, sehr, sehr vielen Beispielen dafür. Es ist fast schon zu einem Muster geworden. Es ist zu einem Muster geworden. Sie haben Selenskyj erwähnt. Aber was ist mit den neunziger Jahren in Russland? Wer waren damals unsere Freunde? Wen haben wir in Russland in diesen furchtbaren Jahren der Korruption politisch

unterstützt? Wir unterstützten die kriminelle Klasse. Wir unterstützten Boris Beresowski. Wir unterstützten die Leute um Boris Beresowski, die am Ende in London lebten. Das steht, ganz offensichtlich, wieder für diese organische und systemische Verbindung.

Es gibt weitere, sehr bekannte Oligarchen. Ich bin sicher, Ihre Zuschauer werden sie kennen. Ich denke dabei besonders an einen. Ich werde seinen Namen nicht nennen. Er lebte schließlich in London und wurde dort als bekannte Londoner Persönlichkeit wahrgenommen. Und er ist mit ziemlicher Sicherheit sehr tief in die organisierte Kriminalität verstrickt. Chodorkowski. Die Liste geht immer weiter und weiter. Und im Fall der Ukraine – nun ja, im Fall des Kosovo wussten wir natürlich, dass sie in alle möglichen Formen des Handels verwickelt waren: Heroin, Prostitution, lebende Organe und so weiter. Aber für die Ukraine gilt dasselbe. Wissen Sie, ich war vor, ich glaube, mindestens zehn oder fünfzehn Jahren in Berlin. Und rein zufällig war ich in der Wohnung von jemandem, als jemand hereinkam, der gerade bei einem Treffen mit Angela Merkel gewesen war.

Und bei diesem Treffen sprachen sie darüber, lange vor Selenskyj, wie korrupt das ukrainische Regime war. Es muss damals Poroschenko gewesen sein, glaube ich, denn selbst er war korrupt. Und die Ukraine ist übrigens ganz allgemein, wir haben wieder keine Zeit, auf all das einzugehen, aber natürlich ein Beispiel für einen Staat, der von seiner eigenen kriminellen Klasse verschlungen wurde. Anders als Russland nach dem Jahr zweitausend konnte sie diese kriminelle Klasse nicht zurückdrängen. Im Gegenteil, sie ist dieser Klasse zum Opfer gefallen. Jedenfalls hörte diese Person bei einer Sitzung des deutschen Kabinetts ganz offen, dass sie wussten, dass das ganze Geld gestohlen wurde, dass all diese Leute Gauner waren und so weiter.

Nun ja, mit Selenskyj ist das Problem natürlich nur noch schlimmer geworden. Wir hören immer wieder Geschichten darüber, dass Generalstaatsanwälte entlassen werden, dass Leute nach Israel fliehen und dass riesige, gewaltige Summen abgezweigt werden. Und wissen Sie, inzwischen ist es ein bisschen wie der alte Witz: Wenn Sie der Bank hundert oder tausend Pfund schulden, haben Sie ein Problem. Aber wenn Sie der Bank eine Million Pfund schulden, hat die Bank ein Problem. Nun stecken sie bei dieser ukrainischen Korruption inzwischen so tief drin, dass man schon schaudert, wenn man – ganz abgesehen von allem anderen – daran denkt, wie der Papierkram aussehen müsste. Wer um alles in der Welt soll denn die Buchhaltung für all diese verschwundenen Milliarden machen, falls das Selenskyj-Regime stürzen sollte?

Verstehen Sie, was ich meine? Sie haben sich bisher so sehr darauf festgelegt, dass sie jetzt selbst, denke ich, vielleicht in einer Logik gefangen sind, die sie womöglich nicht vorausgesehen haben. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass sie dieses Bündnis mit dem organisierten Verbrechen eingegangen sind. In der Ukraine, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt, wie Sie sagen, in Syrien. Und zwar mit weit offenen Augen. Denn solche Leute ruft man, wenn man sie für Operationen zum Sturz von Regierungen einsetzt, wie in Syrien oder auch in Russland. Man ruft sie, weil sie die Subversiven sind. Sie handeln im Geheimen. Sie handeln außerhalb der Legalität und natürlich kriminell. Deshalb sage ich: Dieses Bündnis ist systemisch.

#Glenn

Aber all diese Bündnisse, die Zusammenarbeit mit lokalen Kriminellen, befeuern nicht nur Zerstörung auf der ganzen Welt. Sie zerstören auch hier im eigenen Land etwas. Und zwar nicht nur die Medien, sondern sogar die politische Legitimität des gesamten politischen Systems. Seine, äh, seine Autorität, seine Legitimität beruht auf bestimmten Regeln: auf Offenheit, Demokratie und ... und das Peinliche ist, ähm, ich erinnere mich auch noch an die Neunzigerjahre: Man konnte eigentlich nicht wirklich darüber sprechen. Nun, sobald alle sich einig waren, dass wir gegen die Serben kämpfen, sollte niemand wirklich über die UÇK sprechen. Das ist etwas unerquicklich, denn man weiß, dass sie da ist, aber man darf nicht darüber reden. Dann hat man dasselbe in Syrien gesehen. Da war es, äh, wir wissen, dass westliche Geheimdienste mit den verschiedenen dschihadistischen Gruppen zusammengearbeitet haben. Aber trotzdem darf niemand darüber sprechen. Und wenn man darüber sprach, wurde es als Assad-Propaganda abgetan, oder wie auch immer damals die vorgegebene Sprachregelung lautete. Und in der Ukraine ist es genauso. Ich meine, da können tatsächliche Asow-Bataillone Abzeichen tragen, die sich an den deutschen Nazis des Zweiten Weltkriegs orientieren. Wir kennen die Geschichte dahinter.

#John Laughland

Nicht nur die Nazis, die SS. Ja.

#Glenn

Ja, es gibt Leute wie Bilezkyj, die ganz oben im System stehen. Er wurde auch in den britischen Medien mit Aussagen zitiert, wonach es das Ziel der Mission der Ukraine sei, die Mission des weißen Mannes oder der weißen Rasse voranzutreiben, gegen die Russen und die Juden und all das. Ich meine, das alles ist dokumentiert. Aber alle müssen so tun, als sei das nur russische Propaganda. Mein Punkt ist: Wir zerstören damit auch bei uns zu Hause etwas, wenn es nicht mehr möglich ist, über irgendetwas zu diskutieren. Und wenn man es doch anspricht, dann heißt es, es sei russische Propaganda, und man wird aus der respektablen Gesellschaft verbannt.

#John Laughland

Ich bin sehr froh, dass Sie das ansprechen, denn ich schreibe seit vielen Jahren über internationale Strafjustiz. Und ich habe immer gesagt: Diese unlauteren Praktiken, diese korrupten Verfahren, die diese Gerichte eingeführt und etabliert haben — ich habe nicht die Zeit, auf all die Argumente einzugehen —, aber diese Gerichte sind typischerweise sehr korrupt. Korrupt, meine ich, in ihren Verfahren. In der Art, wie sie Beweise bewerten. Wie sie Beweise zulassen oder nicht zulassen und so weiter. Ich habe immer gesagt, dass das tatsächlich auch auf unsere eigenen Gerichte durchsickern würde. Und natürlich sehen wir das jetzt. Wir erleben, nun ja, offen gesagt, Totalitarismus.

Andy Burnham bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der britische Premierminister hat gerade angekündigt, ich glaube, es ist inzwischen die zehnte Behörde in Großbritannien, die Desinformation bekämpfen soll. Aber Sie haben völlig recht. Das untergräbt die Legitimität unserer eigenen Regierung. Und buchstäblich unmittelbar bevor ich zu Ihnen kam, Glenn, habe ich noch zugehört. Vielleicht haben Sie es selbst gesehen: Jeffrey Sachs im Gespräch mit Richter Napolitano. Jeffrey Sachs ist völlig entsetzt, und das zu Recht, über das, was Donald Trump gestern in New York gesagt hat. Dort drohte er, die Islamische Republik auszulöschen. Da haben Sie also einen Mann, der damit droht, eine ganze Zivilisation von neunzig Millionen Menschen auszulöschen.

Niemand reagiert. Niemand im Senat. Das ist Jeffrey Sachs' Punkt. Niemand sagt etwas — und natürlich protestiert keiner der Europäer. Sie lassen es einfach zu. Sie lassen ihn das sagen. Und noch einmal: Wie Jeff Sachs sagt, ist das Gangstertum. So arbeiten Gangster. Sie drohen mit absurdem Ausmaß an Gewalt. Wissen Sie, sie kommen an. Das macht eine Mafia-Gruppe. Sie kommen in einen Stadtteil, schlagen ein paar Fenster ein und sagen dann: „Wir wissen, auf welche Schule eure Kinder gehen.“ Strukturell gesehen ist das genau das, was Trump tut. Und wenn ich noch einmal auf Augustinus zurückkomme: Das ist das Kennzeichen eines Staates, der ohne Gerechtigkeit handelt.

#Glenn

Und wieder ist es interessant, das in Echtzeit zu erleben. Denn wenn Menschen auf den Zweiten Weltkrieg oder was auch immer zurückblicken, fragen sie immer: „Oh, wie konnten wir da hineinstolpern?“ Oder auch: „Warum ist niemand aufgestanden und hat es frühzeitig gestoppt?“ Aber hier sind wir. Wir können einen Staatschef haben, der, wie Sie sagen, zur Zerstörung einer ganzen Zivilisation aufruft, und ... nichts. Grillenzirpen. Niemand will durch das Aussprechen irgendetwas stören oder irgendwelche Konsequenzen riskieren. Und nein, das ist schockierend. Wie auch immer: Haben Sie noch abschließende Gedanken, bevor wir zum Ende kommen?

#John Laughland

Um das Schockierende daran auf den Punkt zu bringen, zitiere ich oft dieses eine Beispiel. Sie wahrscheinlich auch. Kaja Kallas, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, spricht normalerweise über – wir haben eben über doppelte Standards gesprochen – Russlands illegalen und unprovzierten Angriffskrieg in der Ukraine und über die Lage im Nahen Osten. Manchmal nennt sie beides sogar im selben Satz. Wenn sie konsequent wäre, müsste sie natürlich auch den Angriff auf Iran als illegal und unprovziert bezeichnen. Denn daran besteht überhaupt kein Zweifel. Aber diese doppelten Standards sind entsetzlich. Und dann das Schweigen dieser Leute nach Trumps Äußerungen. Nicht einmal Kritik, nicht einmal eine Distanzierung. Von uns wird ständig verlangt, dass wir uns von diesem oder jenem distanzieren. Aber niemand hat sich von diesen Äußerungen distanziert. Und die sind entsetzlich.

#Glenn

Ja, das ist ein guter Punkt. Wenn ich nach Russland gefragt werde oder danach, was passiert ist, was in Gaza passiert ist, dann fängt es meistens an mit: „Verurteilen Sie das? Verurteilen Sie jenes?“ Aber offenbar muss niemand verurteilen, was gegen die Iraner geschieht, was ihnen angetan wird. Aber ja, so ist es wohl. Vielen Dank, dass Sie dabei waren. Wo können die Leute Sie eigentlich finden?

#John Laughland

Die wichtigste Anlaufstelle ist fvd Punkt nl, fvd Punkt nl Schrägstrich international. Neben meiner Tätigkeit als Wissenschaftler bin ich Direktor von Forum für Demokratie International. Das ist der internationale Flügel der niederländischen politischen Partei gleichen Namens. Das ist also unsere Website: fvd Punkt nl Schrägstrich international. Das ist meine wichtigste Plattform. Außerdem habe ich noch einen Account bei X und Ähnliches.

#John Laughland

Nun, nochmals vielen Dank.

#John Laughland

Vielen Dank, Glenn.